

Angestellten wieder besonders von einer überdurchschnittlich starken Quote bei den Frauen herrührt. Daß unter den Erwerbstätigen Beamte und Angestellte in überdurchschnittlichem Maße diesem Personenkreis zugehören, dürfte an der höheren Mobilität dieser Personengruppen liegen. Müssen sie doch, wenn sie beruflich vorankommen wollen, in stärkerem Maße den Wohnsitz wechseln als zum Beispiel Arbeiter, die in angemessener Entfernung von ihrem Wohnort eher eine neue, besser bezahlte Tätigkeit finden, als Beamte oder leitende Angestellte.

Rückkehr zum Familienwohnsitz

Zur Beurteilung der Frage, welcher Teil der erfaßten aber nicht zur Wohnbevölkerung der Erhebungsgemeinde rechnenden Personen wohl in der Nähe des Familienwohnsitzes eine

Arbeit annehmen würden, läßt sich aus dem vorhandenen Zahlenmaterial keine fundierte Aussage machen. Es dürfte sich jedoch in erster Linie um Haushaltsvorstände handeln, die ein persönliches Interesse daran haben, in der Nähe des Heimatortes zu arbeiten. Bei den Haushaltsvorständen, die als Angestellte und Beamte tätig sind, dürfte jedoch infolge beruflicher Notwendigkeit ein solches Interesse nicht so groß sein, wie etwa bei den Arbeitern. Bei zusätzlicher Schaffung von Arbeitsplätzen am Familienwohnsitz, dürften auf lange Sicht auch ein Teil der Lehrlinge und der Personen mit eigenem überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit am Familienwohnsitz wohnen bleiben; keinesfalls jedoch Schüler und Studenten, sofern nicht neue Ausbildungsstätten in der Nähe des Familienwohnsitzes erstellt werden.

Dipl.-Ingenieur Hans Kaefer

Die Steuereinnahmen in Baden-Württemberg im Jahr 1967

Schwacher Rückgang der Gesamtsteuereinnahmen

Im Berichtszeitraum, dem Rechnungsjahr 1967, betrug im Land Baden-Württemberg das kassenmäßige Steueraufkommen aus Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern insgesamt 16 044 Mill. DM; das sind 22,3 Mill. DM = — 0,1 % weniger als im Vergleichszeitraum, dem Rechnungsjahr 1966. Dieser effektive Rückgang ist um so bemerkenswerter, da im Vorjahr eine gute Wachstumsquote von + 1296 Mill. DM = 8,8 % zu verzeichnen war. Es ist auch seit dem Bestehen des Landes Baden-Württemberg das erste Mal, daß das jeweilige Vorjahresergebnis nicht erreicht worden ist. Man nahm auch von vornherein an, daß im Jahr 1967 keine allzu große Wachstumsquote zu erwarten war. Diese Annahme stützte sich einmal darauf, daß sich auf Grund des Veranlagungssystems das schwache Wirtschaftsjahr 1965 wachstumshemmend auf das Steueraufkommen im Jahr 1967 auswirken mußte. Sodann hat sich die am Ende des Jahres 1966 eingetretene Wirtschaftsschrumpfung, die das Steueraufkommen im letzten Viertel des Jahres 1966 kräftig nach unten drückte, zunächst auch im Jahr 1967 in verstärktem Maße fortgesetzt. Das führte dazu, daß sich die Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 1967 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1966 um 181 Mill. DM = — 2,3 % verringerten. Dadurch aber, daß dann im 2. Halbjahr 1967 eine zwar langsame, aber doch spürbare Konjunkturverbesserung anlief, flossen auch die Steuereinnahmen wieder etwas kräftiger als im 1. Halbjahr 1967. Somit brachte das 2. Halbjahr 1967 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auch einen Gewinn von 159 Mill. DM = 2,0 %. Allerdings reichte dieses Mehr nicht ganz aus, um das Minus des 1. Halbjahres auszugleichen, so daß sich für das Jahr 1967 die schon erwähnte Mindereinnahme von 22,3 Mill. DM ergab. Hätte nicht die Frostperiode so unerwartet früh eingesetzt, so wäre vermutlich das vorjährige Gesamtsteueraufkommen erreicht, vielleicht auch sogar überschritten worden. Die in der 2. Hälfte des Jahres 1967 wieder angelaufene Konjunktur wurde durch das zu früh eingetretene Winterwetter doch erheblich verlangsamt. Das traf insbesondere das Baugewerbe sehr hart und auch dessen Zulieferindustrie, die schnell auf das Winterwetter reagierte.

Wenn sich auch die Anzeichen einer neuen Wirtschaftsbelebung häuften, deren Impulse besonders auf die von seiten der Regierung gezielt eingeleiteten Maßnahmen zurückzuführen sind, so muß trotzdem berücksichtigt werden, daß auch andere Einflüsse zur Verbesserung der Wirtschaftslage im 2. Halbjahr 1967 beigetragen haben. Da wäre vor allem die Mehrwertsteuer zu nennen, deren Auswirkung zwar noch nicht überschaubar war, aber immerhin Anlaß dazu gab, möglichst vor dem Inkrafttreten der Mehrwertsteuer vermehrte Einkäufe zu tätigen. Auch das Baugewerbe hat dadurch allgemein auf Fertigstellung von Projekten gedrängt.

Von den Gesamteinnahmen in Höhe von 16 044 Mill. DM erhielten

8011 Mill. DM = 49,9 % (51,3 %) der Bund,
5830 Mill. DM = 36,4 % (35,1 %) das Land und
2203 Mill. DM = 13,7 % (13,6 %) die Gemeinden (Gv).

Nachdem in den letzten Jahren — mit Ausnahme bereits des Vorjahres — der Anteilsatz des Bundes am Gesamtsteueraufkommen in Baden-Württemberg ständig anstieg — hervorgerufen vor allem durch die gestiegenen Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer und durch die Erhöhung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer —, ist er zunächst im Jahr 1966 von 52,1 % auf 51,3 % und nunmehr im Jahr 1967 weiter auf 49,9 % zurückgefallen; dagegen hatte sich der Anteilsatz des Landes um 1,3 Punkte und der der Gemeinden — hier allerdings nur geringfügig — um 0,1 Punkt erhöht. Dementsprechend kommt auch der Minusbetrag von insgesamt 22,3 Mill. DM zustande durch Mindereinnahmen von

233,2 Mill. DM = — 2,8 % (+ 7,2 %) bei den Bundeseinnahmen

und durch Mehreinnahmen von

197,0 Mill. DM = + 3,5 % (10,3 %) bei den Landeseinnahmen und

13,9 Mill. DM = + 0,6 % (11,0 %) bei den Gemeindesteuern.

Bei allen drei Hauptsteuergruppen sind also diesmal gegenüber dem Vorjahr (Zahlen in Klammern) die Zuwachsraten sehr stark rückläufig.

Das *Schaubild* zeigt das Wachstum der drei Hauptsteuergruppen in den Jahren seit 1952, dem Bestehen des Landes Baden-Württemberg. Danach haben sich die drei Hauptgruppen in den ersten vier Jahren fast gleichmäßig vermehrt. Ab 1956 wurde das Wachstumstempo der Landeseinnahmen und der Gemeindesteuern immer schneller, so daß die Bundeseinnahmen mit einem immer größer werdenden Abstand hinterherhinkten. Aber auch die Gemeindesteuern konnten ab 1960 dem rapiden Ansteigen der Landeseinnahmen nicht mehr folgen. Somit haben die Landeseinnahmen im Jahr 1967 die

Die staatlichen und kommunalen Steuereinnahmen
in den Jahren 1960 bis 1967

Jahr	Gesamtsteueraufkommen 1000 DM	Veränderung zum Vorjahr	
		1000 DM	%
1960	8 987 916	+ 994 834	+ 12,4
1961	10 427 023	+ 1 439 107	+ 16,0
1962	11 714 450	+ 1 287 427	+ 12,3
1963	12 439 474	+ 725 024	+ 6,2
1964	13 825 657	+ 1 386 183	+ 11,1
1965	14 769 699	+ 944 042	+ 6,8
1966	16 066 185	+ 1 296 486	+ 8,8
1967	16 043 881	- 22 304	- 0,1

Meßzahl 476 (1952 = 100) erreicht. Um 116 Punkte zurück folgen die Gemeindesteuern mit 360 und um weitere 31 Punkte zurück folgen die Bundeseinnahmen mit 329 Punkten.

Staatliche Steuereinnahmen

Die staatlichen Steuereinnahmen, das sind Bundes- und Landeseinnahmen zusammen, haben im Berichtszeitraum das Aufkommen des Jahres 1966 nicht erreicht. Nachdem sich im Vergleichszeitraum ein Mehr von 1079 Mill. DM = 8,4 % ergeben hatte, kam nun ein geringes Minus von 0,3 % zustande. Das heißt, daß das Gesamtaufkommen des Jahres 1966 von 13 878 Mill. DM um 37 Mill. DM auf 13 841 Mill. DM abgesunken ist. Davon fließen in die Kassen

des Bundes 8011 Mill. DM = 57,9 % (59,4 %) und
des Landes 5830 Mill. DM = 42,1 % (40,6 %).

Ausschlaggebend für das Einnahmedefizit von 37 Mill. DM waren vor allem der unerwartet hohe Steuereinnahmeausfall aus der Umsatzsteuer sowie aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Da diese beiden Hauptsteuerarten zusammen 10 678 Mill. DM oder 77,2 % der staatlichen Steuereinnahmen ausmachen, ist ihre Wachstumsveränderung von ausschlaggebender Bedeutung für das Gesamtaufkommen, zumal dann, wenn sie, wie im Berichtszeitraum, einen Wachstumsrückgang gegenüber dem Vorjahr von — 268 Mill. DM = — 2,5 % (+ 8,5 %) aufweisen. Wohl haben andere Steuerarten beachtliche Gewinne erzielen können, aber dieser Zuwachs reichte nicht aus, um diesen Verlust auszugleichen.

Die gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen brachten im Berichtszeitraum insgesamt 7277 Mill. DM auf; das sind 111 Mill. DM = 1,5 % weniger als im Vergleichszeitraum. Die relative Veränderungsrate im Bundesgebiet fiel mit — 0,9 % etwas günstiger aus.

Das Minus von 111 Mill. DM ergab sich infolge Mindereinnahmen von

127 Mill. DM = — 4,6 % (+ 11,7 %) bei der veranlagten Einkommensteuer
93 Mill. DM = — 6,3 % (+ 3,1 %) bei der Körperschaftsteuer

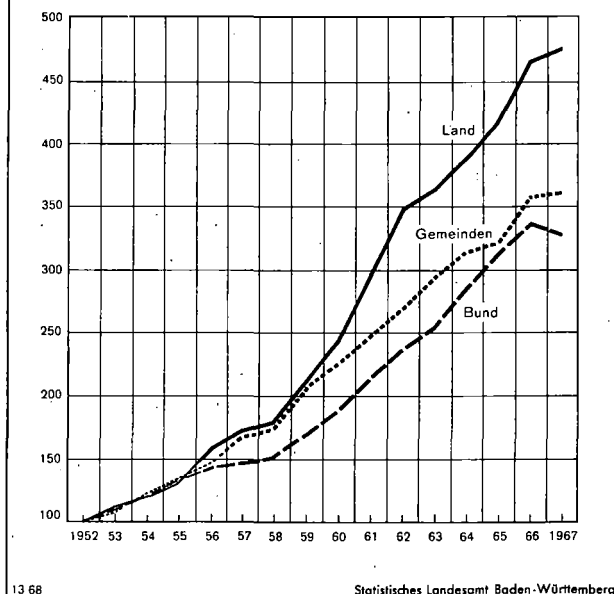
sowie durch Mehreinnahmen von

78 Mill. DM = 2,6 % (14,4 %) bei der Lohnsteuer und
31 Mill. DM = 18,4 % (3,7 %) bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag.

Wie nachstehende Gegenüberstellung von Ist- und Soll-einnahmen zeigt, haben die Steuern vom Einkommen das gesteckte Ziel im Jahr 1967 wiederum nicht erreicht. Nachdem die Isteinnahmen im Jahr 1965 um 2,5 Punkte, im Jahr 1966 um 3,1 Punkte hinter dem Haushaltsansatz zurückblieben, sind es im Berichtszeitraum sogar 6,9 Punkte weniger als im Haushaltsplan veranschlagt war, das bedeutet eine Sollerfüllung von nur 93,1 %. Von den vier Steuerarten haben nur die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag das Steuersoll überschritten. Durch Sondereinflüsse konnten sie das Vorjahresergebnis von 168 Mill. DM um 31 Mill. DM = 18,4 % steigern, so daß sie im Berichtszeitraum rund 199 Mill. DM einbrachten. Die Lohnsteuer hat zwar das Steuersoll nicht erreicht, hat sich aber gegenüber dem Vergleichszeitraum trotzdem um 78 Mill. DM = 2,6 % erhöht; das ist die gleiche Zuwachsquote wie im Bundesgebiet. Dieses Mehr dürfte zum größten Teil auf Steuer-

Entwicklung der Steuereinnahmen

1952 = 100



rechtsänderungen (Verringerung der Kilometerpauschale ab 1. 1. 1967) zurückzuführen sein. Doch sind diese 78 Mill. DM Mehreinnahmen trotzdem ein schwaches Ergebnis, überhaupt dann, wenn man es den vorjährigen Mehreinnahmen von 375 Mill. DM = 14,4 % gegenüberstellt. Wie die Umsatzsteuer reagiert auch die Lohnsteuer sehr rasch auf den jeweiligen Wirtschaftsablauf und insbesondere auf die Beschäftigtenlage. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn sich das Wachstum gegenüber dem Vorjahr so verlangsamt hat oder kaum ein Wachstum zu verzeichnen gewesen wäre, wenn keine Steuerrechtsänderung stattgefunden hätte. Aber nach wie vor ist die Lohnsteuer die ergiebigste Steuerart innerhalb der gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen geblieben; von sämtlichen Steuerarten rangiert sie auch diesmal wieder hinter der Umsatzsteuer an 2. Stelle.

Die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer haben im Berichtszeitraum ganz erhebliche Einbußen erlitten. Ihre Einnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um — 4,6 % bzw. — 6,3 % zurückgegangen. Das bedeutet, daß die veranlagte Einkommensteuer um 127 Mill. DM und die Körperschaftsteuer um 92 Mill. DM hinter dem Aufkommen des Jahres 1966 zurückgeblieben sind, so daß ihre Ergebnisse von 2766 Mill. DM auf 2639 Mill. DM bzw. von 1466 Mill. DM auf 1374 Mill. DM abgefallen sind. Dieser unerwartet hohe Einnahmeverlust aus diesen beiden Steuerarten wurde nur teilweise von dem wenig guten Wirtschaftsjahr 1965 beeinflusst, denn bestimmend hierfür war der nachhaltige Konjunktur-einbruch.

Von den gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen erhält der Bund 37 % (39 %) 2692 Mill. DM und das Land 63 % (61 %) 4584 Mill. DM.

Bundeseinnahmen

Die Bundeseinnahmen unterlagen im Berichtszeitraum infolge der allgemein rückläufigen Steuereinnahmeentwicklung und der Verringerung des Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 39 % auf 37 % einer doppelten Belastung. Wenn deshalb die Bundeseinnahmen in unserem Land diesmal gegenüber dem Vorjahr, in dem sie einen Gewinn von 553 Mill. DM = 7,2 % zu verbuchen hatten, stark rückläufig wurden, so hat man doch nicht mit einem Wachstumsrücklauf in diesem Ausmaß, nämlich um — 233 Mill. DM = — 2,8 %, gerechnet. Damit sind die Bundeseinnahmen von 8245 Mill. DM

Steuerart	Plan-soll	Ist-einnahmen	Sollerfüllung		
			1967	1966	1965
	Mill. DM				
Lohnsteuer	3 300,0	3 065,3	92,9	97,6	100,5
Veranlagte Einkommensteuer	2 850,0	2 639,1	92,6	100,6	91,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	175,0	198,7	113,5	81,6	97,0
Körperschaftsteuer	1 495,0	1 373,6	91,9	91,1	103,2
Zusammen	7 820,0	7 276,6	93,1	96,9	97,5

im Jahr 1966 auf 8011 Mill. DM im Berichtszeitraum abgefallen. Wäre es beim seitherigen Anteilsatz von 39% aus den gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen geblieben, so hätten die Landeseinnahmen nur um 92 Mill. DM = -1,1% abgenommen. Diese hohe Minusquote von 2,8% fällt um so mehr ins Auge, wenn man die Wachstumsquote von +1,4% gegenüberstellt, die sich im Bundesgebiet ergeben hat. Diese gegensätzlichen Wachstumsveränderungen dürften überwiegend mit den Steuerrechtsänderungen zusammenhängen, die bei den Verbrauchsteuern vorgenommen wurden (Erhöhung der Sätze bei der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer usw.). Da der Anteil unseres Landes an dem gesamten Verbrauchsteueraufkommen des Bundesgebiets nur 7,4% beträgt, wogegen Baden-Württemberg am staatlichen Gesamtaufkommen mit 14,2% beteiligt ist, schlagen diese Steuerrechtsänderungen beim Bund besonders stark zu Buche. Von den im Berichtszeitraum vereinnahmten 8011 Mill. DM kamen 5319 Mill. DM aus den reinen Bundessteuern – das sind 45 Mill. DM = 0,8% weniger als im Vorjahr – und 2693 Mill. DM aus dem Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, der sich sogar um 189 Mill. DM = 6,5% verringerte. Bei der zuletzt genannten Steuerart muß man zugute halten, daß ihre Mindereinnahmen, wie vorstehend schon erwähnt, überwiegend durch die Anteilsverschiebung verursacht wurden.

Zu den Mindereinnahmen von 45 Mill. DM bei den reinen Bundessteuern hat in sehr starkem Maße die *Umsatzsteuer* beigetragen, deren Aufkommen sich immer recht schnell auf den jeweiligen Konjunkturablauf einpendelt. Nachdem ihr Wachstum schon von 10,4% im Jahr 1965 auf 4,3% im Jahr 1966 stark rückläufig war, ist sie nun im Berichtszeitraum um 4,4% hinter dem Vorjahresaufkommen zurückgeblieben, was zugleich auch den anhaltenden Rückwärtstrend des Wirtschaftsablaufes widerspiegelt. Absolut bedeutet das einen Steuerausfall von 158 Mill. DM allein bei der Umsatzsteuer. Im Gegensatz zu den Jahren der Hochkonjunktur wird hier im Jahr 1967 vor allem die zögernde und vorsichtig abwartende Haltung der Privatindustrie und auch der öffentlichen Hand bei Investitionsplanungen eine gewisse Rolle gespielt haben. Auch die *Umsatzausgleichsteuer*, die auf importierte Waren als Ausgleich der Umsatzsteuerbelastung inländischer Erzeugnisse erhoben wird, konnte das vorjährige Aufkommensergebnis von 364 Mill. DM nicht erreichen. Sie blieb im Berichtszeitraum um 2,4% = 9 Mill. DM hinter diesem Ergebnis zurück, was auf eine abgeschwächte Einfuhr ausländischer Erzeugnisse hinweisen dürfte.

Wenn sich auch *Zölle* und *Verbrauchsteuern* mit einer Wachstumsquote von 8,1% = 123 Mill. DM stark vermehrt haben, so reicht dieser Gewinn bei weitem nicht aus, um das Defizit, das sich bei der Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer ergeben hat, voll auszugleichen. Dieses recht gute Wachstumsergebnis – das sich im allgemeinen nicht auf einen Mehrverbrauch stützt, sondern vielmehr auf Steuerrechtsänderungen und zum Teil auch auf Vorverlegung der Zahlungstermine bei den Verbrauchsteuern – kam durch recht gegensätzliche Veränderungsergebnisse zustande. Während die *Tabaksteuer* um 23,6% (12,6%) = 89 Mill. DM, die *Mineralölsteuer* um 11,9% (-4,9%) = 57 Mill. DM die Vorjahresergebnisse stark überflügelt haben, sind auf der anderen Seite die Einnahmen aus Zöllen um -4,1% (+8,6%) = 15 Mill. DM, aus dem Branntweinmonopol um -6,9% (+44,0%) = 7 Mill. DM, aus der *Zündwarensteuer* um -12,9% (+9,1%), aus der *Leuchtmittelsteuer* um -4,8% (+8,6%) und aus der *Schaumweinsteuer* um -1,1% (+58,1%) hinter den Vorjahresergebnissen zurückgeblieben. Auffallend ist, daß die Steuerarten, die diesmal ein Minus aufweisen, im Vergleichszeitraum gute Wachstumsraten hatten. Die stark überhöhten Wachstumsquoten im Jahre 1966 bei den Einnahmen aus dem Branntweinmonopol (+44%) und der Schaumweinsteuer (58,1%) sind im wesentlichen dadurch entstanden, daß vor Inkrafttreten der höheren Steuersätze ab 1. 1. 1966 größere Vorratskäufe getätigt wurden und für diese Lagerbestände

eine Nachversteuerung erfolgte. Insofern müssen diese Ergebnisse als nicht ganz echt angesehen werden. Generell muß aber bei allen Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchsteuern beachtet werden, daß sie keinen Maßstab für die tatsächliche Steuerleistung der Bevölkerung irgendeines Bundeslandes darstellen. Durch die Erhebungstechnik fallen die Abgaben in den Ländern an, in denen die Herstellungsunternehmen, die Importfirmen und die Inhaber von Zoll- und Steuerlagern ihren Geschäftssitz haben. Deshalb hat unser Land, wie bereits oben erwähnt, einen kleinen Anteil am Gesamtaufkommen der Verbrauchsteuern des Bundesgebiets. Somit können aus dem kassenmäßigen Steueraufkommen der einzelnen Länder keine Rückschlüsse auf die regionale Verbrauchsentwicklung der besteuerten Waren gezogen werden.

Landeseinnahmen

Die Landeseinnahmen haben, im Gegensatz zu den Bundes-einnahmen einen Gewinn aufzuweisen. Allerdings ist die Zunahme von 197 Mill. DM = 3,5% gegenüber dem Vorjahr, wo eine Wachstumsverbesserung von 527 Mill. DM = 10,3% vorlag, sehr gering, ja, sie erreichte nicht mal die Zuwachsquote von 3,7% im Bundesgebiet. Aber trotzdem ist damit die derzeitige Finanzsituation wenigstens etwas verbessert worden. Begünstigt wurde dieses Mehraufkommen insbesondere dadurch, daß der Anteilsatz an den gemeinschaftlichen Steuern vom Einkommen ab 1. 1. 1967 um 2 Punkte, und zwar von 61% auf 63% angehoben wurde. Wäre es bei der zuletzt gültigen Regelung geblieben, so wären die Landeseinnahmen nur um 52 Mill. DM = 0,9% gewachsen. Infolge dieser günstigen Auswirkung konnten sich die Landeseinnahmen von 5633 Mill. DM auf 5830 Mill. DM steigern, wovon

4584 Mill. DM = 78,6% auf den Landesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer und

1246 Mill. DM = 21,4% auf die reinen Landessteuern entfallen.

Dagegen kam das Größenverhältnis der Mehreinnahmen von insgesamt 197 Mill. DM auf gerade gegensätzlichem Wege zustande, indem der kleinere Anteil von 21,4%, also die reinen Landessteuern, mit 119 Mill. DM = 60,4% und der größere Anteil mit 78,6%, das ist der Landesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, nur mit 78 Mill. DM = 39,6% zum Gewinn beitrugen. Wenn im Berichtszeitraum sowohl die absolute als auch die relative Zuwachsquote mit 10,6% (8,7%) bei den reinen Landessteuern größer ist als die beim Landesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer, so ist diese Ausnahme durch die ungewöhnlich hohe Wachstumssteigerung der *Vermögensteuer* entstanden. Sie brach mit 30,2% nicht nur den höchsten relativen Gewinn, sondern auch den absoluten Wachstumsrekord aller Einzelsteuern. Dieses Ergebnis der Vermögensteuer ist um so beachtlicher, weil sie ihre gute Gewinnquote von 11,4% aus dem Vorjahr um ein Mehrfaches steigern konnte. Dabei dürften sich die Abschlußzahlungen aus der abgelaufenen Veranlagung von 1966 in Verbindung mit den Vorauszahlungen aus einer höheren Veranlagung im Jahre 1967 günstig ausgewirkt haben.

Die *Kraftfahrzeugsteuer* konnte ihren vorjährigen Gewinn von 38,8 Mill. DM = 9,6% zwar nicht wiederholen, aber mit dem Zuwachs von 23 Mill. DM = 5,2% hat auch sie zur Steuervermehrung erheblich beigetragen. Auch die *Rennwett- und Lotteriesteuer* konnte sich gegenüber dem Vorjahr um 6 Mill. DM = 11,5% wieder stark verbessern; sie hat damit den anhaltenden Wachstumstrend der Vorjahre fortgesetzt, woraus eine beständige Spielfreudigkeit zu erkennen ist. Um 7,3% verbesserte sich die *Kapitalverkehrssteuer*, worunter die *Börsenumsatzsteuer* mit dem relativen Gewinn von 22,4% besonders hervorspringt. Außerdem brachten die *Versicherungsteuer* 7,8% und die *Feuerschutzsteuer* 1,1% mehr

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen in den Rechnungsjahren 1965 bis 1967 nach Steuerarten und die Anteile Baden-Württembergs am Gesamtaufkommen im Bundesgebiet 1966 und 1967

Steuerart	Baden-Württemberg			Veränderung gegen Vorjahr		Bundesgebiet ¹⁾		Verän- derung 1967 gegen 1966	Anteil Baden- Württemberg am Bundes- gebiet ²⁾	
	1965	1966	1967	1966	1967	1966	1967		1966	1967
	1000 DM			%		1000 DM			%	
Bundessteuern	5 089 736	5 363 556	5 319 040	+ 5,4	- 0,8	44 989 251	46 885 616	+ 4,2	11,9	11,3
Bundesanteil an der ESt und KSt	2 602 128	2 881 010	2 692 344	+ 10,7	- 6,5	17 266 123	16 231 570	- 6,0	16,7	16,6
Bundeseinnahmen	7 691 864	8 244 566	8 011 384	+ 7,2	- 2,8	62 255 374	63 117 186	+ 1,4	13,2	12,7
Ländersteuern	1 036 813	1 126 883	1 245 841	+ 8,7	+ 10,6	7 863 447	8 539 596	+ 8,6	14,3	14,6
Länderanteil an der ESt und KSt	4 069 994	4 506 195	4 584 263	+ 10,7	+ 1,7	27 005 988	27 637 540	+ 2,3	16,7	16,6
Ländereinnahmen	5 106 807	5 633 078	5 830 104	+ 10,3	+ 3,5	34 869 435	36 177 136	+ 3,7	16,2	16,1
Staatliche Steuern zusammen	12 798 671	13 877 644	13 841 488	+ 8,4	- 0,3	97 124 809	99 294 322	+ 2,2	14,3	13,9
davon erhält:										
der Bund in %	60,1	59,4	57,9	.	.	64,1	63,6	.	.	.
das Land in %	39,9	40,6	42,1	.	.	35,9	36,4	.	.	.
Gemeindesteuern	1 971 028	2 188 541	2 202 393	+ 11,0	+ 0,6	14 029 350	14 055 397	+ 0,2	15,6	15,7
Insgesamt	14 769 699	16 066 185	16 043 881	+ 8,8	- 0,1	111 154 159	113 349 719	+ 2,0	14,5	14,2
Je Kopf der Bevölkerung in DM	1 764	1 885	1 876	.	.	1 863	1 893	.	.	.

Staatliche Steuern nach Hauptsteuerarten

Besitz- und Verkehrsteuern	7 631 652	8 433 459	8 441 340	+ 10,5	+ 0,1	52 045 267	52 276 653	+ 0,4	16,2	16,1
darunter										
Lohnsteuer	2 612 121	2 987 173	3 065 313	+ 14,4	+ 2,6	19 054 790	19 557 821	+ 2,6	15,7	15,7
Veranlagte Einkommensteuer	2 476 821	2 766 269	2 639 063	+ 11,7	- 4,6	16 074 672	15 781 951	- 1,8	17,2	16,7
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	161 714	167 710	198 652	+ 3,7	+ 18,4	1 455 565	1 468 768	+ 0,9	11,5	13,5
Einkommensteuern zusammen	5 250 656	5 921 152	5 903 028	+ 12,8	- 0,3	36 585 027	36 808 540	+ 0,6	16,2	16,0
Körperschaftsteuer	1 421 466	1 466 053	1 373 579	+ 3,1	- 6,3	7 687 083	7 060 570	- 8,2	19,1	19,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer zusammen	6 672 122	7 387 205	7 276 607	+ 10,7	- 1,5	44 272 110	43 869 110	- 0,9	16,7	16,6
Vermögensteuer	255 173	284 268	370 217	+ 11,4	+ 30,2	1 994 238	2 421 153	+ 21,4	14,3	15,3
Kraftfahrzeugsteuer	404 085	442 861	465 754	+ 9,6	+ 5,2	2 853 098	3 059 249	+ 7,2	15,5	15,2
Beförderungsteuer	58 329	62 853	64 395	+ 7,8	+ 2,5	924 593	904 608	- 2,2	6,8	7,1
davon										
Personenbeförderungsteuer	7 612	7 941	7 791	+ 4,3	- 1,9	276 084	264 149	- 4,3	2,9	2,9
Güterbeförderungsteuer	50 717	54 912	56 604	+ 8,3	- 3,1	648 509	640 459	- 1,2	8,5	8,8
Grunderwerbsteuer	45 131	45 159	45 023	+ 0,1	- 0,3	311 383	299 014	- 4,0	14,5	15,1
Kapitalverkehrsteuer	22 502	20 246	21 722	- 10,0	+ 7,3	225 956	204 521	- 9,5	9,0	10,6
davon										
Gesellschaftsteuer	16 885	16 581	17 248	- 1,8	+ 4,0	186 154	154 476	- 17,0	8,9	11,2
Wertpapiersteuer	1 267	9	—	—	—	238	26		3,8	
Börsenumsatzsteuer	4 350	3 656	4 474	- 16,0	+ 22,4	39 564	50 019	+ 26,4	9,2	8,9
Versicherungsteuer	49 184	53 137	57 263	+ 8,0	+ 7,8	432 501	468 698	+ 8,4	12,3	12,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	44 991	50 970	56 820	+ 13,3	+ 11,5	439 692	481 819	+ 9,6	11,6	11,8
Erbschaftsteuer	43 810	45 205	44 755	+ 3,2	- 1,0	328 326	317 177	- 3,4	13,8	14,1
Wechselsteuer	22 984	24 625	23 728	+ 7,1	- 3,6	174 786	170 032	- 2,7	14,1	14,0
Feuerschutzsteuer	13 247	14 790	14 947	+ 11,6	+ 1,1	71 298	74 521	+ 4,5	20,7	20,1
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuern	3 739 392	3 923 588	3 756 962	+ 4,9	- 4,2	25 064 209	24 723 279	- 1,4	15,7	15,2
davon										
Umsatzsteuer	3 414 085	3 559 623	3 401 869	+ 4,3	- 4,4	22 415 251	22 013 218	- 1,8	15,9	15,5
Umsatzausgleichsteuer	325 307	363 965	355 093	+ 11,9	- 2,4	2 648 958	2 710 061	+ 2,3	13,7	13,1
Zölle und Verbrauchsteuern³⁾	1 427 627	1 520 597	1 643 186	+ 6,5	+ 8,1	20 015 333	22 294 390	+ 11,4	7,6	7,4
darunter										
Zölle	339 054	368 157	353 124	+ 8,6	- 4,1	2 779 642	2 663 341	- 4,2	13,2	13,3
Tabaksteuer	333 272	375 260	463 893	+ 12,6	+ 23,6	4 981 656	5 800 896	+ 16,4	7,5	8,0
Biersteuer	135 693	145 622	145 611	+ 7,3	- 0,0	1 031 798	1 043 550	+ 1,1	14,1	14,0
Mineralölsteuer	502 404	477 594	534 259	- 4,9	+ 11,9	8 016 376	9 423 325	+ 17,5	6,0	5,7
Aus dem Branntweinmonopol	73 562	105 965	98 604	+ 44,0	- 6,9	1 779 208	1 831 208	+ 2,9	6,0	5,4
Kaffeesteuer	19 152	19 398	19 581	+ 1,3	+ 0,9	947 761	1 050 648	+ 10,9	2,0	1,9
Teesteuer	421	416	471	- 1,2	+ 13,2	33 153	34 937	+ 5,4	1,3	1,3
Zuckersteuer	7 263	8 139	8 266	+ 12,1	+ 1,6	114 516	114 324	- 0,2	7,1	7,2
Salzsteuer	6 405	6 403	6 282	- 0,0	- 1,9	40 560	39 716	- 2,1	15,8	15,8
Schaumweinsteuer	4 861	7 685	7 604	+ 58,1	- 1,1	187 872	198 575	+ 5,7	4,1	3,8
Zündwarensteuer	2 137	2 331	2 030	+ 9,1	- 12,9	10 006	9 112	- 8,9	23,3	22,3
Leuchtmittelsteuer	1 140	1 238	1 178	+ 8,6	- 4,8	68 868	61 068	- 11,3	1,8	1,9

Gemeindesteuern nach Hauptsteuerarten

Realsteuern	1 888 668	2 098 976	2 112 795	+ 11,1	+ 0,7	13 322 240	13 352 759	+ 0,2	15,8	15,8
davon										
Grundsteuer A ⁴⁾	79 627	81 034	82 569	+ 1,8	+ 1,9	431 553	436 906	+ 1,2	18,8	18,9
Grundsteuer B ⁴⁾	215 104	238 033	258 919	+ 10,7	+ 8,8	1 799 444	1 925 070	+ 7,0	13,2	13,4
Gewerbsteuer ⁵⁾	1 593 937	1 779 909	1 771 307	+ 11,7	- 0,5	11 091 243	10 990 783	- 0,9	16,0	16,1
Übrige Gemeindesteuern	82 360	89 565	89 598	+ 8,7	+ 0,0	707 110	702 638	- 0,6	12,7	12,8
darunter										
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	55 017	59 747	58 411	+ 8,6	- 2,2	419 544	410 181	- 2,2	14,2	14,2
Vergnügungsteuer	12 293	12 436	11 736	+ 1,2	- 5,6	97 829	92 542	- 5,4	12,7	12,7
darunter										
Kinosteuer	4 930	4 528	3 858	- 8,2	- 14,8	18 470	16 112	- 12,8	24,5	23,9
Gemeindegetränkesteuer	6 694	6 849	8 203	+ 2,3	+ 19,8	95 252	97 885	+ 2,8	7,2	8,4
Hundesteuer	5 775	7 879	8 676	+ 36,4	+ 10,1	49 154	51 695	+ 5,2	16,0	16,8

¹⁾ Einschließlich Berlin (West). — ²⁾ Einschließlich des Branntweinsteueraufkommens der Bundesmonopolverwaltung. — ³⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge bzw. Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. — ⁴⁾ Einschließlich Beihilfen für Arbeiterwohnstätten. — ⁵⁾ Einschließlich geringfügige Beträge aus der Baulandsteuer. — ⁶⁾ Einschließlich Lohnsummensteuer (nur im Bundesgebiet).

Steuereinnahmen als im Vorjahr. Mindereinnahmen gab es bei der Wechselsteuer (—3,6%), der Erbschaftsteuer (—1,0%) und bei der Grunderwerbsteuer (—0,3%). Bei den letztgenannten Steuerarten ist das Volumen nicht so groß, als daß sie mit ihren Wachstumsraten das Steueraufkommen des Landes wesentlich beeinflussen können. Die Biersteuer, die einzige den Ländern verbliebene Verbrauchsteuer, ist trotz der günstigen Witterungsverhältnisse im Sommer des Jahres 1967 in unserem Land geringfügig zurückgegangen; dagegen hat das Bundesgebiet eine Biersteuervermehrung von 1,1%.

Gemeindesteuern

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände betrugen im Berichtszeitraum 2202,4 Mill. DM, damit war das Aufkommen nur um 13,9 Mill. DM = 0,6% höher als im Vorjahr, in dem sich die vergleichbare Zuwachsrate auf 217,5 Mill. DM (+ 11%) belief. Dabei fällt auf, daß die größeren Gemeinden, und zwar die Stadtkreise und die kreisangehörigen Gemeinden über 10 000 Einwohnern eine effektive Abnahme (—0,2%), die kleineren Gemeinden dagegen, insbesondere die bis 3000 Einwohnern eine Zunahme (+ 4,1%) zu verzeichnen haben. Das liegt vor allem an der Gewerbesteuer, der Haupteinnahmequelle der Gemeinden. Sie brachte insgesamt 1771,3 Mill. DM ein; das ist ein Rückgang von —8,6 Mill. DM = 0,5%, der sich zusammensetzt aus Mindereinnahmen von 18,6 Mill. DM bei den größeren Gemeinden und einem Zuwachs von 10 Mill. DM bei den kleineren Gemeinden.

Dieses Jahresergebnis ist das ungünstigste, das die Gewerbesteuer jemals zu verzeichnen hatte. Mit dieser Mindereinnahme von —0,5% ist, wie nachstehende Übersicht zeigt, erstmalig ein effektiver Rückgang bei der Gewerbesteuer eingetreten.

Gewerbesteueraufkommen in Baden-Württemberg

Rechnungsjahr	Gewerbesteuer-einnahmen Mill. DM	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
		Mill. DM	%
1960	1 128	145	+ 14,8
1961	1 202	111	+ 10,2
1962	1 321	119	+ 9,9
1963	1 455	134	+ 10,2
1964	1 578	123	+ 8,5
1965	1 594	16	+ 1,0
1966	1 780	186	+ 11,7
1967	1 771	- 9	- 0,5

Aus den Grundsteuern flossen den Gemeinden 341,5 Mill. DM zu; davon entfallen 82,6 Mill. DM (+ 1,9%) auf die Grundsteuer A und 258,9 Mill. DM (+ 8,8%) auf die Grundsteuer B. In der Zuwachsrate bei der Grundsteuer B in Höhe von 20,9 Mill. DM macht sich unter anderem auch das weitere Auslaufen der zehnjährigen Steuervergünstigungen auf Grund des Ersten Wohnungsbaugesetzes bemerkbar.

Außer den Realsteuern, die 95,9% des gesamten gemeindlichen Steueraufkommens ausmachen, sind an übrigen Gemeindesteuern — genau wie im Vorjahr — noch 89,6 Mill. DM vereinnahmt worden. Davon entfallen auf die Zuschläge zur Grunderwerbsteuer, die den Stadt- und Landkreisen zufließen, 58,4 Mill. DM = —2,2%. Die Vergnügungsteuer brachte 11,7 Mill. DM gegenüber 12,4 Mill. DM im Vorjahr; in diesem Betrag sind die Einnahmen aus der Kinosteuer in Höhe von 3,9 Mill. DM — das ist ein weiterer Rückgang gegenüber dem Vorjahr (—8,2%) von —14,8% — enthalten. Dagegen haben sich die Gemeindegetränksteuer um 1,4 Mill. DM = 19,8% und die Hundesteuer um 0,8 Mill. DM = 10,1% erhöht.

Vergleich mit den übrigen Ländern und dem Bundesgebiet

Nach der Haupttabelle beträgt der Anteil unseres Landes am Gesamtsteueraufkommen im Bundesgebiet 14,2%, was auch etwa dem Bevölkerungsanteil unseres Landes (14,3%) an der Bundesbevölkerung entspricht. Rechnet man aus den Ergebnissen in der Haupttabelle für das Jahr 1967 die Steuerleistung je Kopf der Bevölkerung (also staatliche und kommunale Steuern zusammen), so hatte in unserem Land jeder Einwohner 1876 DM aufzubringen, während im Bundesdurchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung 1893 DM kamen. Die tatsächlichen Steuerleistungen je Einwohner sind aber weit größer als in diesem Kopfbetrag von 1876 DM zum Ausdruck kommt; denn erhebliche Beträge aus den Zöllen und Verbrauchsteuern sowie aus der Umsatzausgleich- und Beförderungsteuer fallen aus zahlungs- und erhebungstechnischen Gründen in anderen Ländern an oder laufen überhaupt nicht über die Kassen der Länder, sondern werden unmittelbar an die Bundeshauptkasse abgeführt. Um zu einer annähernd vergleichbaren Steuerbelastung je Einwohner zu kommen, sind in der nachstehenden Tabelle bei den Zöllen, bundeseigenen Verbrauchsteuern, der Umsatzausgleich- und Beförderungsteuer an Stelle von unseren viel zu niedrigen Kopfquoten die bundesdurchschnittlichen Kopfbeträge verwendet worden.

Steuerbelastung¹⁾ je Einwohner in DM

Land	Rechnungsjahr				1967 gegen 1966 in %
	1964	1965	1966	1967	
Hamburg	2 697	2 719	2 915	3 137	+ 7,6
Bremen	1 898	2 004	2 147	2 210	+ 2,9
Hessen	1 871	1 979	2 095	2 118	+ 1,1
Baden-Württemberg	1 846	1 926	2 052	2 068	+ 0,8
Nordrhein-Westfalen	1 839	1 936	2 003	2 016	+ 0,6
Bayern	1 518	1 611	1 717	1 760	+ 2,5
Berlin	1 327	1 430	1 543	1 611	+ 4,4
Rheinland-Pfalz	1 355	1 442	1 514	1 559	+ 3,0
Niedersachsen	1 415	1 471	1 548	1 542	- 0,4
Schleswig-Holstein	1 260	1 342	1 407	1 465	+ 4,1
Saarland	1 216	1 306	1 353	1 394	+ 3,0
Bundesgebiet	1 682	1 769	1 863	1 893	+ 1,6

¹⁾ Zugrunde gelegt wurden die staatlichen und kommunalen Steuereinnahmen. Bei den Einnahmen aus Zöllen und bundeseigenen Verbrauchsteuern, der Umsatzausgleich- und Beförderungsteuer sind die Kopfquoten des Bundesgebietes zur Berechnung der Gesamtbelastung verwendet worden.

Danach beträgt die Steuerleistung je Kopf der Bevölkerung in Baden-Württemberg nicht, wie in der Haupttabelle errechnet, 1876 DM, sondern 2068 DM; das sind 175 DM mehr als im Bundesgebiet mit der durchschnittlichen Steuerleistung von 1893 DM. Daraus errechnet sich für 1967 eine prozentuale Mehrbelastung pro Kopf der Bevölkerung in unserem Lande gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 9,2%.

Innerhalb der einzelnen Länder bestehen erhebliche Steuerkraftunterschiede, deren Gründe zum großen Teil in der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder zu suchen sind. Läßt man die Stadtstaaten unberücksichtigt, so liegt Baden-Württemberg mit seiner Steuerleistung je Einwohner von 2068 DM hinter Hessen mit 2118 DM an zweiter Stelle. Vergleicht man jedoch die Zuwachsraten miteinander, so stehen wir — wieder von den Stadtstaaten abgesehen — mit nur 0,8% Zuwachs allerdings an drittletzter Stelle. Auffallend ist, daß die Steigerungsrate von Nordrhein-Westfalen mit 0,6% noch niedriger liegt als bei uns in Baden-Württemberg, was vermutlich eine Folge der Krise im Kohlenbergbau und in der Stahlindustrie sein dürfte.

Dr. Werner Krause